

Zentrum für Sozialrecht: School of Management and Law
Institut für Vielfalt und gesellschaftliche Teilhabe: Departement Soziale Arbeit
Institut für Sozialmanagement: Departement Soziale Arbeit

Zürcher Hochschule
für Angewandte Wissenschaften



Studie zum Handlungsbedarf aufgrund der UNO-BRK im Kanton Zürich

Tarek Naguib, Sylvie Johner-Kobi & Fiona Gisler

29.1.2019

Ablauf



1. Rahmenbedingungen der Studie
2. Bedeutung der UNO-Behindertenrechtskonvention
3. Ergebnisse/Empfehlungen entlang der 7 Analysefelder
4. Fragen

Rahmenbedingungen

Eckdaten

- Auftrag
- Dauer der Studie
- Beteiligte:
 - Forschungsteam ZHAW
 - Steuergruppe
 - Echogruppe
- Wahl der 7 Analysefelder durch Steuergruppe
- Module:
 - Grundlagen
 - Ist-Situation
 - Rechtliche Würdigung der UNO-BRK, Soll-Analyse
 - Empfehlungen

Rahmenbedingungen

Fragestellungen

- In welchen staatlichen Aufgabenbereichen ist der Kanton Zürich für die Umsetzung der UNO-BRK zuständig?
- Welche gesetzlichen und administrativen Massnahmen werden mit Blick auf die ausgewählten Analysefelder ergriffen?
- Inwieweit besteht aus der Perspektive der UNO-BRK für den Kanton in den **7 Analysefeldern** Handlungsbedarf?
- Welche Empfehlungen lassen sich aus dem Handlungsbedarf für den Kanton Zürich zuhanden der Sicherheitsdirektion der Kantons Zürich ableiten?

Ergebnisse

Allgemeine Bedeutung der UNO-BRK für den Kanton Zürich

- UNO-BRK am 15.5.2014 für die Schweiz in Kraft getreten
- Grundsätze: Autonomie, Nichtdiskriminierung, Teilhabe, Zugänglichkeit und Inklusion
- Verpflichtungen: Schutz vor Eingriffen, Gewährleistung der Rechte
- Relevanz der UNO-BRK in sämtlichen staatlichen Aufgabenbereichen in kantonaler Zuständigkeit
- Beispiele ausserhalb der Analysefelder: Politische Teilhabe, Justizvollzug, Zivilschutz, Integration, Vollzug im Asylrecht, Digitalisierung



Ergebnisse

Behindertengleichstellungspolitik: Ist-Situation

- Kein Rahmengesetz im Kanton
- Keine koordinierende Stelle
- Ungenügende Unterstützung der Gemeinden
- Zu wenig Daten
- Keine systematische Mitsprache und Mitbestimmung
- Mängel bei der barrierefreien Kommunikation
- Ungenügende Massnahmen zur Sensibilisierung und Wissensvermittlung
- Diversität von Menschen mit Behinderung zu wenig im Blick

Ergebnisse

Behindertengleichstellungspolitik: Empfehlungen

- Aufbau und dauerhafte Finanzierung einer kantonalen Stelle zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung
- Erarbeitung eines Entwicklungs- und Massnahmenplans zur Umsetzung der UNO-BRK im Kanton Zürich
- Verbesserung der hindernisfreien Zugänglichkeit der Information und Kommunikation der kantonalen Verwaltung und ihrer Angebote

Ergebnisse

Bau- und Mobilitätsinfrastruktur: Ist-Situation

- Bereich mit den grössten Fortschritten
- Gesetzgeberische Verpflichtungen mehrheitlich erfüllt
- Umsetzung aber eher langsam, grosse Unterschiede auf Gemeindeebene

- Öffentlicher Verkehr: viele Leitfäden, viel umgesetzt. Mängel: Bushaltestellen, Zwei-Sinnes-Prinzip nicht flächendeckend
- Öffentliche Gebäude: teilweise Mängel bei der Durchsetzung der gesetzlichen Vorgaben
- Wohngebäude: noch zu wenige hindernisfreie Wohnungen vorhanden, die finanziell tragbar sind

Ergebnisse

Selbstbestimmte Lebensführung: Ist-Situation

Autonomes Wohnen

- Institutionen für Menschen mit Behinderung setzen sich vermehrt mit der UNO-BRK-Umsetzung auseinander, Positionspapier INSOS Zürich
- Freie Wahl der Wohnform ist nicht immer gegeben (zu wenig Angebote zu begleitetem und betreutem Wohnen)

Mobilität

- Individuelle Fahrdienste (z.B. Dialysefahrten) finanziell ungenügend abgedeckt

Ergebnisse

Bildung: Ist-Situation

- Lücken im Bildungsrecht: Es fehlen ein Anspruch auf Integration und auf angemessene Vorkehrungen auf allen Stufen
- Fehlende Strategie und Ressourcen zur Förderung der Inklusion
- Frühförderung: Finanzierung familienergänzende Betreuung häufig unklar
- Grundschulbildung: Integrierte Sonderschulung nimmt zu, Situation aber abhängig von Lehrpersonen und Schulleitung, soziale Einbettung der integrativ geförderten Kinder gelingt nicht
- Berufsschule: Noch keine Sicherstellung bedarfsgerechter Unterstützung von Jugendlichen mit psychischer und psychosozialer Behinderung
- Mittel- und Hochschule: Keine funktionierende Förder- und Unterstützungsstruktur
- Weiterbildungsangebote häufig zu wenig zugänglich

Ergebnisse

Arbeit und Beschäftigung

- Lücken im Personalrecht: Keine Garantie auf angemessene Vorkehrungen
- Grosser Handlungsbedarf bei der Eingliederung von Menschen mit Behinderung
- Fehlende verbindliche Strategie mit konkreten Zielen und Massnahmen, um den Anteil von Anstellungen von Menschen unterschiedlichster Behinderung bei der Verwaltung zu erhöhen (fehlende Vorbildrolle)
- Fehlende Massnahmen zur Förderung der Integration von Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt (z.B. Anreize über gesetzgeberische Massnahmen sowie Förderung von Beschäftigungsprogrammen und der unterstützten Beschäftigung)

Ergebnisse

Kultur, Freizeit, Sport

- Keine Daten zu den Problemstellen (Zugangshindernisse)
- Keine gesetzgeberischen Vorkehrungen im Kultur-, Freizeit- und Sportrecht zur systematischen Förderung des Abbaus von Hindernissen
- Kultur- und Freizeitbereich: Keine Anreize für private Anbieter, die Teilhabehindernisse zu beseitigen
- Mangelnde Förderung von Projekten und Programmen

Ergebnisse

Gesundheitswesen

- Thema Gleichstellung von Menschen mit Behinderung kaum präsent (Ausbildung, Weiterbildung, Dienstleistung, Personalwesen)
- U.a. keine Sicherstellung, dass das Gesundheitspersonal den verschiedenen behinderungsbedingten Anliegen Rechnung trägt; Bedarf an Daten
- Erhebliche Lücken im Recht: Kein Recht auf angemessene Vorkehrungen

Startpunkt

Die drei Hauptempfehlungen

- Aufbau und dauerhafte Finanzierung einer kantonalen Stelle zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung
- Erarbeitung eines Entwicklungs- und Massnahmenplans zur Umsetzung der UNO-BRK im Kanton Zürich
- Verbesserung der hindernisfreien Zugänglichkeit der Information und Kommunikation der kantonalen Verwaltung und ihrer Angebote

Verständnisfragen



Vielen Dank



Tarek Naguib, Zentrum für Sozialrecht

Sylvie Johner-Kobi, Institut für Vielfalt und gesellschaftliche Teilhabe

Fiona Gisler, Institut für Sozialmanagement